6. Jahrg. Nr. 88

Einzelpreis 10 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst", „Die Kommunistin", „Der Jungprolet", „Die Rote Sichel".
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Hermsdorf, Weißstein.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Donnerstag, 24. Juli 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2,— Bar, wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kioske 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr 31065. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837.

Die Dollartönige befehlen!

Das Eisenbahnerjoch — Die Regierung scheut das Licht — Die Bankiers als Friedensengel der SPD.

Nach den letzten Meldungen sollen die Regiebahnen ohne jede Vermittelung Deutschlands, die deutsche Regierung wird kurzerhand ausgeschaltet, an die neue Eisenbahngesellschaft übergeben werden. Das gleiche geschieht mit der Micum. Wer in Zukunft die Verfehlungen Deutschlands feststellen wird, ob die Reparationskommission, mit oder ohne einen amerikanischen Vertreter, ob dieser amerikanische Vertreter Stimm- oder Beratungsrecht haben wird, steht noch nicht fest.

Immer wieder stößt das amerikanische Bankkapital vor, um die Verhängung von Sanktionen durch eine einzelne Macht unmöglich zu machen. Denn es will in erster Reihe seine Anleihe sichergestellt sehen. Wahrscheinlich wird es trotz aller Schwierigkeit zur Begebung der Anleihe an Deutschland kommen.

Am ungeheuerlichsten ist der

Plan der Deutschen Reichsbahngesellschaft,

dem die deutsche Regierung zugestimmt hat und der den Eisenbahnern alle, aber auch alle Rechte und Vergünstigungen nimmt. Wir verstehen die Entrüstung besonders der sozialdemokratischen Presse über die Veröffentlichung dieses Planes durch unser Zentralorgan, die „Rote Fahne". Wir geben morgen die charakteristischen Stellen des Planes wieder. Alle Lügen der Sozialdemokratie über die günstigen Folgen des Gutachtens für die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere für die Eisenbahner, werden durch die nackten Paragraphen dieses Planes enthüllt.

Die Veröffentlichung, die wie eine Bombe in der Bourgeoisie und in den Reihen der Arbeiterschaft eingeschlagen hat, hat sofort den Oberreichsanwalt auf den Plan gerufen. Er will gegen die verantwortlichen Personen vorgehen, da er „eine Preisgabe der Staatsgeheimnisse" darin erblickt.

•

Das „Staatsgeheimnis", nämlich wie man dem deutschen Michel an dessen das Fell mit seiner eigenen Zustimmung über die Ohren ziehen kann, ist von den Kommunisten verraten worden. Die Folge wird sein, daß sich der deutsche Michel seiner Haut wehren wird. Eine Schmach für die, die es nötig haben, ihre Schachergeschäfte im Dunkeln abzuschließen und das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen!

Die Massenvergiftungen in Görbersdorf.

Vertuschungsmanöver — Bisher 7 Tote — Schwere Erkrankungen — Wer trägt die Schuld?

Die zum größten Teil dem Proletariat angehörigen Patienten der Anstalt wehren sich gegen die Vertuschungsmanöver der Anstaltsleitung, die täglich irreführende Berichte herausgibt, in denen immer wieder betont wird, daß sich die Patienten auf dem Wege der Besserung befinden, während in Wirklichkeit das Befinden der Patienten recht schlecht ist, und sich die Zahl der Todesopfer bis Montag abend schon auf sieben erhöhte.

Während die sozialdemokratischen Blätter (siehe „Bergwacht") anfangs den amtlichen Beruhigungsschwindel unterstützten, sind sie jetzt infolge der Empörung der Patienten genötigt, deren Zuschriften zu veröffentlichen.

Wir geben einige dieser Zuschriften, die sich vollkommen mit den Mitteilungen unserer Genossen decken, hier wieder:

Die Schuld der Anstaltsleitung.

Nach Schilderung des vollkommen unzulänglichen Essens, bei dem die Patienten hungerten und genötigt waren, sich Lebensmittel selbst zu kaufen, heißt es:

„Nur so war es möglich, daß man am Sonntag, den 13. Juli, ein Mittagessen vorsetzte, das durch und durch verdorben war (in der amtlichen Versicherung ist noch gar nicht festgestellt, ob es die Erdbeerspeise allein war). Weit über 200 Patienten, Angestellte und Dienstmädchen

erkrankten unter den fürchterlichsten Qualen,

die von den Vergiftungserkrankungen verursacht wurden. In dem amtlichen Bericht des Kreismedizinalrates heißt es: „Die Anstaltsleitung hat sich der Lage in jeder Weise gewachsen gezeigt." Diese Worte haben bei allen Patienten ein Lächeln hervorgerufen. Wir stellen deshalb fest, daß in der Nacht vom Sonntag zum Montag nicht nur alle Patienten, sondern auch die Schwestern und die Aerzte erkrankten, so daß nur ein Assistenzarzt der Nebenanstalt und eine Schwester für mehr als 200 Personenerkrankungen vorhanden waren.

Die Kranken waren sich selbst auf Gedeih und Verderben überlassen und schrien teilweise wie ein Stück Vieh. Erst Montag, kurz vor Mittag, wurde die Weiter'sche Anstalt um Hilfe angegangen. Erst in den folgenden Tagen setzte nach und nach eine angebrachte Behandlung der Kranken ein."

Die Wahrheit über die Vorgänge

Das völlige Versagen der Anstaltsleitung wird uns auch noch die bereits gestern erwähnte Zuschrift aus Patientenkreisen bestätigt.

Der Einsender schreibt wörtlich:

„In der Nacht vom 13. zum 14. Juli traten die Vergiftungserscheinungen ein. Krankheit und Fieber wurden vergrößert, da über den Betten keine Kübeln angebracht sind, sondern bei der Tür. Verschiedene davon wanden sich im Freien auf dem Rasen vor Schmerzen. Fiebertemperatur 39 bis 41,5 Grad.

Erkrankt waren im ganzen 240. Sieben sind bis Montag abend gestorben, verschiedene sind noch davon. Freilich sind etliche schon wieder aufgestanden, aber wahr ist es nicht, daß neun Zehntel davon schon wieder ihre gewöhnliche Kur machen. Es schweben verschiedene noch in Lebensgefahr."

Nach anderen Berichten liegt noch ein Drittel der Patienten zu Bett. Alle Patienten haben den Wunsch, so schnell wie möglich aus Görbersdorf fortzukommen. Der Erfolg der Kur ist bei den meisten Patienten zunichte gemacht. Es sind Gewichtsverluste von 18 bis 20 Pfund zu verzeichnen.

Die in größter Angst befindlichen Angehörigen der Patienten kommen aus allen Teilen des Reiches nach Görbersdorf gefahren. Es spielen sich dort erschütternde Szenen ab. Der Ehemann einer vergifteten Patientin ließ sich in der ersten Erregung dazu hinreißen, die Einrichtungsgegenstände der Anstalt zu zerschlagen. Er wurde darauf

in Haft genommen.

Die Erregung der Kranken ist ungeheuer. Sie verlangen die sofortige [illegible] der Vorgänge.

Die Mitschuld der Reichsversicherung.

Bereits seit Jahr und Tag wurden Beschwerden gegen die Anstaltsleitung vorgebracht. Wir erinnern nur an den hartnäckigen Kampf, den wir im Jahre 1923 gegen die Anstaltsleitung führten.

Alle unsere Angriffe wurden von der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse totgeschwiegen. Jetzt — nachdem Proletarier den Mißständen zum Opfer gefallen — wendet sich die sozialdemokratische Presse gegen das Brehmersche Unternehmen. Sie schreibt:

„Die Anstalt ist ein privatwirtschaftliches Ausbeutungsorgan und die Patienten mit der Reichsversicherung sind die Objekte dazu. Wo ist der ehemalige herrliche Park mit seinen wundervollen Anlagen? Wo sind in der Anstalt die der Neuzeit entsprechenden notwendigen Einrichtungen? Wo ist das Wollen Hermann Brehmers: „Alles und zur Gesundheit der kranken Menschen!" Die Parkanlagen sind zum großen Teil verfallen und unbrauchbar, nur die nächsten Wege um die Anstalt werden noch gepflegt. Den Forst hat man mächtig gelichtet und privatwirtschaftlich ausgenützt. An den Gebäuden ist seit dem Jahre 1889 nicht mehr ein Stein auf den anderen gesetzt worden und der Verfall wird notdürftig verhindert. Jetzt ist

eine Familien-G. m. b. H. von 11 Familien

mit rund 30 Erben vorhanden, die ängstlich darauf bedacht ist, daß aus dem Betrieb der Anstalt mindestens soviel herauskommt, daß es zu ihrem standesgemäßen Lebensunterhalt langt, und wenn noch etwas darüber ist, schadet es auch nichts. Als Aufsichtsrat dieser Familien-G. m. b. H. fungiert ein leitender Direktor einer bekannten Breslauer Großfirma.

Seit vielen Monaten haben die privatwirtschaftliche Tätigkeit dieser Familien-G. m. b. H. die Patienten besonders gespürt. Vielleicht wollte man etwaige Verluste der Inflationszeit mit Gewalt wettmachen. Die Klagen über schlechte Kost waren hier an der Tagesordnung, doch wurden sie im Frühjahr so stark, daß die Patienten ernstlich auf deren Abstellung drängten. Alle Patienten waren mit Herrn Dr. Rowe, Oberarzt der Anstalt, der Meinung, die derselbe in seinem Buch: „Die Lungentuberkulose und deren Behandlung" auf Seite 84 und 85 schreibt, „daß ein Lungenkranker größerer und kräftigerer Nahrungsaufnahme bedarf, wie ein Gesunder".

Anfang Mai wurden die Patienten deshalb vorstellig. Eine Beschwerde an die Reichsversicherung wurde aufgesetzt und von zahlreichen Patienten unterzeichnet. Der Erfolg war, daß man einem Patienten als sogenannten „Rädelsführer" eine Kur gab, d. h. er mußte bald abfahren. Der Herr Chefarzt fuhr nach Berlin zur Reichsversicherung und es blieb alles, wie es gewesen war. Die Beschwerdeführer warten bis zum heutigen Tage noch auf eine Antwort von der Reichsversicherung."

Demnach ist die Reichsversicherung mitverantwortlich für die Zustände in Görbersdorf.

Statt dafür zu sorgen, daß die an dem Proletarierleiden Erkrankten in ein gemeinnütziges, musterhaft geleitetes Haus Haus aufgenommen werden, hat sie die ihr anvertrauten Patienten einem „privatwirtschaftlichen Ausbeutungsorgan" übergeben, alle Beschwerden der Versicherten mißachtet und Schindluder mit der Gesundheit der Proletarier getrieben.

Ein Skandal, der zum Himmel stinkt.

Die in ihrer Gesundheit schwer geschädigten Patienten und die lieben Todesopfer sind Opfer kapitalistischer Profitsucht und der verantwortungslosen Willkür des Reichsversicherungsamtes.

Es ist höchste Zeit, daß sich die Versicherten mehr als bisher um ihre Rechte kümmern und dafür sorgen, daß mit der Instanzenschweinerei endlich Schluß gemacht wird.

Wir fordern, daß die Reichsversicherung die Brehmersche Anstalt nicht mehr belegt, und unterstreichen nochmals die bereits gestern erhobene Forderung nach sofortiger Einsetzung [illegible] proletarischen Untersuchungsausschusses.

Oberschlesien —

das Schmerzenskind der deutschen Bourgeoisie.

(Schluß.)

Betäubungsmittel.

Der Zentrumsdemagoge ist im übrigen nicht sehr erfinderisch. Er hat vergessen, daß das arbeitende Volk in Oberschlesien sich mit dem schwarzen Mann aus Polen nicht mehr schrecken läßt. Sonst hätte er sich es erspart, die Folgen einer angeblichen Wahlmüdigkeit wie folgt auszumalen:

Sie wäre ein nationales Unglück, wenn sie sich etwa auf deutscher Seite, nicht aber bei den Polen breitmachen würde. Bestände doch dann die Gefahr, daß diesmal die Polen ihr Ziel erreichen und die erforderlichen 60 000 Stimmen in Oberschlesien bekommen würden, die wegen der Listenverbindung mit den nationalen Minderheiten im Reiche zu zwei nicht deutschen Reichstagsabgeordneten führen würden. Gewisse Zeichen, wie der Ausgang der eben erfolgten Landwirtschaftskammerwahlen im Kreise Groß-Strehlitz, wo ein Pole gewählt worden ist, geben leider zu denken.

•

Huhu!! Ein „nationales Unglück" wird eintreten, wenn die Polen durch Erreichung von 60 000 Stimmen in Oberschlesien zwei Mandate bekommen würden.

Wir Kommunisten hassen die polnischen Chauvinisten nicht weniger als ihre deutschen Gegenspieler. Wenn aber wirklich infolge Wahlmüdigkeit die Polen in Oberschlesien 60 000 Stimmen bekommen würden, so wäre dies wahrhaftig kein „nationales Unglück". Denn ob unter den hunderten nationalistischen, demokratischen, sozialdemokratischen Volksbetrügern in den Parlamenten noch zwei polnische Gauner sitzen, ist für das Proletariat vollkommen nebensächlich.

Mit der verlogenen, hinden, Redensart vom „nationalen Unglück" wird Herr Herschel allenfalls bei einigen katholischen Betschwestern nicht aber bei der Arbeiterschaft Eindruck schinden können.

Die Angst vor den Kommunisten.

Herr Herschel ist freilich nicht dumm genug, um nicht zu ahnen, daß der Polenschreck allein nicht genügt, um seine Wahlgaunerei zu beschönigen. Und er muß schließlich eingestehen, daß es die Angst vor den Kommunisten ist, die ihm ratsam erscheinen läßt, die Wahlen zu „verschieben".

Herr Herschel bekennt:

„Es war eine höchst fatale Entdeckung, daß in dem ganz überwiegend katholischen Lande, wo früher der Einfluß der Geistlichkeit das sicher verhindert hätte, 130 000 kommunistische Stimmen abgegeben wurden und den 198 000 Stimmen des Zentrums entgegenstanden."

In der Tat eine höchst fatale Entdeckung! Kanzel und Beichtstuhl in dem überwiegend katholischen Lande haben nicht mehr vermocht, die Saat des Kommunismus auszurotten.

Kein Wunder, wenn der Zentrumsmann besorgt ausruft:

„Die große Frage der kommenden Wahlen ist, ob die rund 130 000 kommunistischen Stimmen sich diesmal stark vermindern werden oder nicht . . ."

Ja, Herrn Herschels Besorgnisse sind sehr berechtigt. Muß er doch zu seinem Leidwesen feststellen, daß die Kommunisten rechts und links der Oder auf dem flachen Lande sehr rührig sind und kürzlich einen Bauernkongreß abgehalten haben.

Der Bürgerblock als letzte Rettung.

Der neugebackene Bürgermeister ist noch kein „Diplomat". In seiner rührenden Sorge um das Schmerzenskind der Bourgeoisie, deckt er die Karten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Wahlschwindler zu früh auf.

Der Zentrumsadvokat verrät:

„Von Bedeutung für den Wahlausfall können auch die neuen Einigungsbestrebungen zwischen den Parteien sein, die beim letzten Mal getrennt geschlagen haben. So dürften sich die Deutschnationalen, die deutsche Volkspartei und die Deutsch-Völkischen diesmal voraussichtlich zusammentun."

•

Wir sind Ihnen sehr dankbar, Herr Herschel!

Nun weiß auch der Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft, der noch unter politischem Einfluß steht, was er von den deutschvölkischen und deutschsozialen Phrasen vom „Kampf gegen das jüdische und deutsche Kapital" zu halten hat.

Die Masken sind gefallen! Auch der dümmste nationale Arbeiter in Oberschlesien wird nun einsehen, daß die beschnittenen und unbeschnittenen Vertreter des Kapitals ein Herz und eine Seele sind, wenn es gilt, die Bourgeoisie vor dem Ansturm des revolutionären Proletariats zu schützen.

Die „republikanische Einheitsfront."

Die oberschlesische Sozialdemokratie, die bei den letzten Wahlen so elend zusammengehauen wurde und die Quittung dafür einsing, daß sie mit dem Bürgertum in der Plebiszitzeit durch dick und dünn ging, hat nichts mehr zu verlieren.

Sie setzt alles auf eine Karte, um doch noch ein Mandat für Herrn Okonski zu ergattern.

Herr Herschel verrät nämlich auch, daß eine

sogenannte republikanische Einheitsfront

aus den Sozialdemokraten, Demokraten und Republikanern geschaffen werden soll.

Wir gratulieren der oberschlesischen SPD. zu ihren neuen Bundes- und Schicksalsgenossen! Nur glauben wir, daß dieser Dreibund ein Bündnis ist, das drei zum Tode Verurteilte schließen.

Denn auch die „Demokraten" sind eine erledigte Partei und die Republikanische Partei ist schon heute ein elender Krüppel, dem kurzes Siechtum und früher Tod beschieden ist.

Die Zukunft gehört allein der Kommunistischen Partei. Sie wird in Hütten und Betrieben, wird rechts und links der Oder, auf dem flachen Land weiter „wühlen" und dafür sorgen, daß die Bourgeoisie ihre „Sorge um Oberschlesien" nicht mehr los wird. Oberschlesien wird der Nagel zum Sarge der deutschen Bourgeoisie und das Proletariat wird der Hammer sein.

Die Wahlen im September müssen hierfür erneut Zeugnis ablegen. Darum

Genossen, an die Arbeit!

Sorgt dafür, daß die „fatale Entdeckung", die Herr Herschel im Mai machen mußte, im September sich zu einem Mene Tekel für die Bourgeoisie gestaltet.

Der schlesische Haarmann.

Der Zentrumsführer als Sittlichkeitsverbrecher. Der katholische Rektor schändet seine Zöglinge.

Immer mehr enthüllt sich der scheußliche Sumpf, der für die untergehende, verfaulende Klasse der deutschen Bourgeoisie das einzige wahre Lebenselement ist. Kaum sind die Meldungen aus der Haarmann-Kloake verklungen, als sich auch schon ein zweites Pestloch auftut. In Wünschelburg wurde vor einigen Tagen der Rektor an der katholischen Volksschule namens Gabriel verhaftet und dem Untersuchungsrichter in Glatz zugeführt. Es werden ihm eine Reihe von gewalttätigen Schändungen von Schulmädchen zur Last gelegt. Eine Reihe von Belastungszeugen, darunter das 15jährige Dienstmädchen des Rektors, seine frühere Schülerin, wurden bereits vernommen. Bezeichnenderweise konnte der Rektor zwei Jahre lang sein Amt ausüben, ohne daß gegen ihn eingeschritten worden ist. Wie gemeldet wird, ist er vor zwei Jahren von Oberschlesien zugereist. Es ist anzunehmen, daß er auch dort schon sein schändliches Handwerk getrieben hat.

Das sind die sittlichen Hüter unserer heranwachsenden Jugend! Das sind die scheinheiligen Zentrumsheuchler! Das sind die politischen Führer und Erzieher des jungen Geschlechtes! Sie sind nur ein Teil des ganzen Systems, das an allen seinen Stellen nicht minder faul ist, wenn es auch bei der Korruption und Gemeinsamkeit der Interessen dieser korrupten Beamten nur in Einzelfällen gelingt, die Pestbeule aufzustechen.

Das Gewerbe der Unzucht an Kindern ist ja ein bekanntes Vergnügen und Vorrecht der Herren Kapitalisten. Das wissen die Fabrikanten der öffentlichen Meinung, die Redakteure, das wissen die Hüter des Staates, das weiß das ganze Volk. Aber dazu haben wir ja unsere bürgerliche und sozialdemokratische Presse, damit sie diese Fälle unterdrückt, oder, wenn sie sie meldet, im kleinsten Druck an unscheinbarer Stelle versteckt.

Die KPD. mit ihrer Presse deckt den Sumpf der deutschen kapitalistischen Republik offen auf. Haarmannpolizei, Haarmannerzieher sind würdige Vertreter der untergehenden Kapitalistenklasse!

Bestialische Mordtaten der bulgarischen Regierung.

Nach Sofioter Meldungen wurde dicht bei der jugoslawischen Grenze die gräßlich verstümmelte Leiche des Rechtsanwalts Dr. Iwanoff aufgefunden, der einer der einflußreichsten Führer der bulgarischen Bauernpartei war. Es heißt, daß er Dokumente bei sich trug, die geeignet waren, die Regierung Zankoff zu kompromittieren.

Aus Sofia verlautet, daß der frühere Leiter der bulgarischen Gendarmerie in der Regierung Stambulinski (Bauernregierung) durch unbekannte Täter ermordet worden ist. Seine Leiche wurde unter einem Baume gefunden. Er war enthauptet. Der Kopf war an den Baum gebunden und darunter war geschrieben: „So werden alle Vaterlandsverräter bestraft!"

Fast alle Führer der Bauernpartei und zahlreiche kommunistische Abgeordnete sind ermordet. Die Erregung der Volksmassen ist ungeheuer.

Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus.

Der Oberstaatsanwalt deckt Kleibömer.

Am 17. Mai d. Js. beantragten der Genosse Horst Fröhlich und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, beim Oberstaatsanwalt die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Breslauer Polizeipräsidenten Kleibömer und den Breslauer Polizeikommissar Vogel wegen Vergehens gegen die Paragraphen 341 und 342 (Freiheitsberaubung). Sie hatten von vornherein kein übermäßiges Vertrauen auf Erfolg, denn es ist eine mißliche Sache, den Teufel bei seiner Großmutter anzuklagen. Jetzt hat uns die Großmutter des Teufels geantwortet.

Zum Verständnis der Antwort sei noch einmal kurz an die damaligen Vorgänge erinnert:

Am 26. April wurde Genosse Fröhlich verhaftet und ins Polizeigefängnis eingeliefert. Angeblich wurde er von Hamburg aus wegen Hochverrats gesucht. Erst am 3. Tage (!) entgegen dem Gesetz, das Vorführung innerhalb 24 Stunden vor den Untersuchungsrichter verlangt, wurde er vom Richter vernommen. Die Anklage wegen eines Hamburger Hochverrats — ein Phantasieprodukt unseres erfindungsreichen Herrn Kleibömers — hatte man fallen gelassen. Es war jetzt eine Anklage wegen „kommunistischer Umtriebe" — wiederum eine Erfindung Kleibömers, denn das Strafgesetzbuch kennt ein derartiges Verbrechen nicht — und wegen Hochverrats in Breslau.

Der Richter entließ Fröhlich sofort mangels jeglicher Unterlagen aus der Haft,

aber — Herr Kleibömer, der mächtiger ist als alle Breslauer Richter,

warf Fröhlich erneut ins Polizeigefängnis.

Eine Anklage wurde nicht erhoben. Nur unter der Hand erfuhr Fröhlich den dritten Schwindel Kleibömers:

ein Haftbefehl von Staumühlen liege angeblich gegen ihn vor.

Als Genosse Fröhlich, empört über diese Polizeiwillkür, in einem Privatbrief an seine Frau diese Gesellschaft als „Schweinebande" bezeichnete, da hatte endlich der Staatsanwalt, der Verbündete Kleibömers, den langersehnten Vorwand: Fröhlich wurde wegen Beleidigung, man höre! in Untersuchungshaft (!) gesteckt, wanderte von der Ursulinerstraße nach der Graupenstraße und wurde nach 4 Wochen Haft zu

3 Wochen Gefängnis

verurteilt.

Genosse Fröhlich beantragte am 17. Mai, wie schon gesagt, Einleitung eines Strafverfahrens gegen Kleibömer und Vogel. Jetzt antwortet der Herr Oberstaatsanwalt:

Der Oberstaatsanwalt
beim Landgericht.
[illegible]
2

Breslau, den 8. Juli 1924.
Fernruf: Ohle 4718.

[illegible] 17. Mai 1924 gegen den Polizeipräsidenten Kleibömer und den Polizeikommissar Vogel:

Ich habe das Verfahren eingestellt. Ihre Festnahme am 26. April erfolgte [illegible], weil, insbesondere auf Grund eines Artikels in der „[illegible] Arbeiter-Zeitung", der dringende Verdacht vorlag, daß Sie von anderen Behörden zur Verhaftung gesucht wurden. Alsbald nach Ihrer Einlieferung wandte sich sofort das Polizeipräsidium Breslau telegraphisch an verschiedene auswärtige Behörden mit der Anfrage, ob dies zutreffe. Am 27. April, nachmittags, ging ein Telegramm von einer auswärtigen Polizeiverwaltung ein, wonach Sie aus dem [illegible] entwichen und deshalb in das Gerichtsgefängnis einzuliefern seien. Sie wurden daraufhin am 28. April 1924 in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert und am 29. April 1924 dem Richter vorgeführt.

Nach der richterlichen Vernehmung, die zum Erlaß eines Haftbefehls keine Unterlagen ergab, wurden Sie weiter im Polizeigewahrsam behalten, weil nach dem obenerwähnten Telegramm die [illegible] annehmen mußte, daß wegen Ihres [illegible] ein Haftbefehl gegen Sie [illegible] deshalb erneut von der Polizei mit Rücksicht auf die [illegible] Ermittelungen angehalten, um diesen Haftbefehl in Vollzug setzen zu können. [illegible] einmal, daß ein Haftbefehl gegen Sie nicht [illegible] gelangte der für die Polizeibeamten beleidigende Brief in die Hände der Polizei, worauf Sie am 6. Mai 1924 dem Amtsgericht vorgeführt und am 7. Mai 1924 in Untersuchungshaft wegen Beleidigung genommen wurden.

Bei dieser Sachlage liegt kein Anhalt dafür vor, daß die verantwortlichen Polizeibeamten entgegen der Vorschrift des § 128 Str.-P.-O. Ihre Vorführung vor den Richter schuldhaft verzögert hätten.

Eine nach § 341 Str.-G.-B. strafbare Handlung kommt deshalb nicht in Frage.

J. A.: Dr. Groß

Jede Zeile dieses Schreibens trägt den Stempel, wir wollen nicht sagen Lüge, um nicht den Herrn Oberstaatsanwalt zu verletzen, sondern der Unrichtigkeit an der Stirn.

Gegen Fröhlich lag absolut nichts vor.

Wenn der übereifrige „Arbeiter-Zeitung"-Leser Kleibömer auf Grund irgendeines Artikels gegen Fröhlich Verdacht geschöpft hatte, so war er verpflichtet, vor einer Verhaftung nachzuprüfen, ob sein Verdacht berechtigt sei. Das hat eingestandenermaßen Kleibömer nicht getan.

Der Oberstaatsanwalt schreibt, daß eine „auswärtige Polizeiverwaltung" die Einlieferung Fröhlichs ins Gerichtsgefängnis gefordert hatte.

Wie kann eine Polizeiverwaltung ein solches Ansinnen stellen, wenn kein Haftbefehl gegen den Genossen Fröhlich vorlag?

Wenn der Oberstaatsanwalt nicht in den Verdacht der Lüge kommen will, wird er sich schon bequemen und angeben müssen,

wer diese auswärtige Polizeiverwaltung war.

Bestimmt in unserer Republik über Verhaftungen die Polizei oder das Gericht? Bestimmt die Justiz oder die Polizei, ob das Material ausreichend zur weiteren Inhaftierung ist? Wenn der Richter die Freilassung eines Gefangenen verfügt, hat dann der Polizeipräsident das Recht, den Gefangenen trotzdem weiter in Haft zu halten?

Weiter:

Der Telegraph ist ein modernes Verbindungsmittel. Im heutigen Leben genügen zwei Stunden, um eine telegraphische Antwort zu erhalten. Angeblich wurde telegraphisch in Staumühlen angefragt, ob ein Haftbefehl gegen den Genossen Fröhlich vorliege. Die Antwort kam nach — sage und schreibe! — 14 Tagen!!! Sie kam zufälligerweise erst dann, als Grund zu einer Beleidigungsklage gegen Genossen Fröhlich vorlag.

Jetzt wurde der Skandal dadurch gekrönt, daß auf Wunsch des Polizeipräsidenten die Untersuchungshaft gegen Genossen Fröhlich verhängt wurde, weil er „dringend verdächtigt ist, die Polizei in einem Privatbrief beleidigt zu haben".

Wir fragen, seit wann erfolgt gegen Privatbeleidigungen die Verhängung der Untersuchungshaft? In dieser Weise ist nicht einmal in Vorkriegszeiten seitens der Klassenjustiz mit menschlicher Freiheit umgegangen worden.

Es ist daher kein Wunder, daß der Prozeß des Genossen Fröhlich auf Wunsch des Herrn Kleibömer von der bürgerlichen Presse — einschließlich der „Volkswacht" — totgeschwiegen wurde.

Wir fragen, ist der Herr Staatsanwalt bereit, die Gründe anzugeben, die zur Verhängung der Untersuchungshaft wegen „Beleidigung" führten?

Fluchtverdacht lag nicht vor, da Genosse Fröhlich feste Wohnung hatte und bei der Arbeiterzeitung angestellt war. Welche Gründe waren es also, Herr Oberstaatsanwalt?

Es genügt uns, auf diese augenscheinlichen Widersprüche in der Antwort des Oberstaatsanwalts, die von Widersprüchen nur so strotzt, hinzuweisen. Aber wen wundert das? Schließlich ist der Herr Oberstaatsanwalt nicht dazu da, um Polizeipräsidenten und Polizeikommissare ins Gefängnis zu stecken, sondern Kommunisten und revolutionäre Arbeiter. Und diese Aufgabe erfüllt der Herr Oberstaatsanwalt mit Energie und Rücksichtslosigkeit, wenn auch nicht übermäßig geschickt, zugunsten der deutschen Bourgeoisie.

Farbige Winde.

Erzählung von **Wsewolod Iwanow.**

(Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8)

6)

Smelkow erzählte, wie ihre Truppenformation geschlagen worden war, wie man ihre Kommissare niedergestochen und später jeden dritten Kameraden im Walde erschossen hätte. Seine Stimme war heiser und trostlos.

„Sage mir, was ist es für ein Unterschied zwischen dir und dem [illegible]?" fragte er den Serben Mikitsch.

Mikitsch schwieg. Mit einem Federmesser zerrieb er Rindenstücke an einem Stein.

Im hellblauen [illegible] Militärrock lag auf dem Boden der Magyare Schlüsser.

Schlüsser und Mikitsch hatten die beiden Rotarmisten auf dem Sandabhang gefunden und sie in die Schlucht gebracht. Aber Brot gab es in dieser Schlucht nicht.

Sie fürchteten sich, ihren Versteck zu verlassen — unweit im Walde lagen verstreut Waldhütten der Bauern, im Tal aber und in den Bergen wimmelte es von [illegible] Truppenteilen der Weißen.

Smelkow begann kläglich zu weinen:

„Bin ich denn ein Tier? Wie? . . ."

Nikitin blickte schweigend und aufmerksam die Schlucht entlang.

Sumpfstauden bewegten sich in den naßglänzenden Gräsern. Es roch nach feuchter Erde und Pilzen.

Nikitin schwieg ebenso wie am ersten Tage der Flucht, als er Smelkow eingeholt hatte. Er hatte denselben scharfen, trockenen Blick.

Smelkow suchte nach Gräsern, die er für eßbar hielt.

Der Serbe Mikitsch stieg auf den Kamm der Schlucht hinauf und stand dort lange, die Blicke nach Süden gerichtet.

„Er sehnt sich nach Hause!" sagte Smelkow. „Wenn man bloß was zu essen hätte, ans Haus denkt man nicht mehr."

Der Serbe kochte die zerriebene Rinde im kleinen Feldkessel. Die Rotarmisten aßen die Suppe mit ihrem einzigen Löffel.

Smelkow nahm einen Schluck und ließ den Löffel fallen. Die Hände an die Brust gedrückt, fiel er nieder und weinte.

Mikitsch hob den Löffel auf, aß, und gab ihn Nikitin weiter.

Smelkow lag eine Weile regungslos da, dann holte er sein Taschenmesser hervor und begann nach eßbaren Wurzeln zu graben. In einem verfaulten Baumstumpf fand er schmutziggelbe Pilze, die er verstohlen aufaß. Aber er mußte sich übergeben.

Schlüsser und Mikitsch sprachen leise miteinander auf Deutsch.

Schlüsser fand in der Schlucht gelbgrüne Gräser, die er dann zu kochen versuchte. Es dauerte lange, ehe er den ersten Löffel in den Mund nahm, aber dann warf er ihn von sich und schüttete den Kessel aus.

Als es Abend wurde, ging Smelkow wankend aufs Feld hinaus, um Getreide zu stehlen. Aber er kam nicht mehr zurück.

Man aß übelriechende Wurzeln, Kalmuswurzeln. Schlüsser fing im Bach mit seinem Hemd fingerlange Fischchen. Man teilte sie untereinander.

Feucht und schwül war es in der Schlucht. Nachts schlichen goldgrüne Düfte umher.

Sumpfstauden knarrten. Es war, als schlichen Bauern heran. Mikitsch schnellte alle Augenblicke in die Höh' und rannte in die Finsternis hinein. Wenn er zurückkam, sagte er mit leiser Stimme:

„Mir träumte . . . sie schlagen mich! . . ."

Am zwölften Tage hingen trübe Wolken tief über der Schlucht.

Feuchter Regenwind schlug von oben herab. In den Aesten der Sandrosen pfiff es.

Als das Wasser mit den Wurzeln kochte, teilten sich die hohen Sumpfstauden und eine scharfe Stimme sagte:

„Gott helfe euch! Aber das Feuer solltet ihr lieber auslöschen . . ."

Es war ein auffallend kleiner Mann, großköpfig, nicht höher als ein Kind. Statt der Beine hatte er kurze, unförmige Stummel. Mikitsch griff nach einem [illegible], aber er sah, daß es ein Krüppel war.

Der kleine Mann lachte boshaft und sagte:

„Meint ihr, ich werde euch nicht anzeigen? Sehr einfach! Für jeden von euch kriege ich einen Rubel."

Nikitin trat zu dem Mann heran und fragte kurz ausholend:

„Du willst uns anzeigen?"

Aber der Kleine gab ihm keine Antwort und humpelte zum Feuer heran. Er löschte es mit dem Wasser im Kessel.

„Schafsköpfe! . . . Man merkt doch den Rauch! Es ist wahr, ihr seid in einer Schlucht, der Rauch steigt nicht hoch. Aber man spürt ihn doch."

Er zog sein graues zerrissenes Röckchen aus, breitete es auf der Erde aus, setzte sich und sagte:

„Habt keine Angst, ich werde euch nicht anzeigen! Wie sollte ich mit euch dreien fertig werden? Und wenn ich's den Bauern sage, dann geben sie mir doch keinen Groschen und ich will den Menschen nichts Gutes tun . . . Hol sie der Teufel!"

Seine Blicke wanderten selbstbewußt und schlau von einem zum andern. An einer glimmenden Kohle anrauchend, sagte er:

„Ich habe dreißig Jahre die Wahrheit gesucht. Ich bin zu den Heimatlosen in den Urwald gegangen, denn man sagte mir, dort wisse man etwas von der Wahrheit . . . Aber sie banden mich an eine Zeder, legten mich ans Feuer und verbrannten mir die Beine bis zu den Knien . . . Ich glaube nicht mehr an die Menschen, es sind Tiere und Bestien . . ."

Aber bei diesen Worten griff er in die Tasche, holte ein Stück Brot hervor und warf es ihnen hin.

„Da, freßt . . ."

Mikitsch stürzte sich mit dem Gesicht auf das Brot und brüllte auf. Schlüsser lief zu ihm heran, schüttelte den Serben bei der Schulter und flehte:

„Mikitsch, Mikitsch!"

Nikitin aber lag auf den Ellbogen gestützt daneben und blickte gleichmütig auf einen Heckenrosenstrauch hinter dem kleinen Mann.

„Na und du? . . ." fragte dieser Nikitin.

Nikitin erhob sich mühsam, trat zu dem Kleinen heran und schlug ihn mit dem Knie ins Gesicht. Der Krüppel bedeckte sein Gesicht mit beiden Händen.

Nikitin wollte sich entfernen, aber er wankte und fiel auf einen Strauch.

Der Kleine wischte sich die blutenden Lippen, spie aus und sagte gedehnt:

„Du hast recht! . . ."

Gewerkschaft.

Ortsausschuß Breslau ADGB.

Ein Unternehmer hält das Referat.

Ueber die allgemeine Wirtschaftslage sprach in der Vollversammlung des ADGB. ein Unternehmer, Herr Hugo Frey (Inhaber der Firma Lippik u. Hinke). Die Breslauer Gewerkschaftsbürokratie scheut sich nicht, einen Unternehmer über die Wirtschaftslage sprechen zu lassen. Die „Volkswacht" wird uns sagen, es ist ein Sozialdemokrat und hat als Sozialdemokrat gesprochen. Darauf kommt es aber nicht an. Wir Kommunisten sagen seit der Gründung des Spartakusbundes (4. August 1914), daß die Sozialdemokraten eine bürgerliche Politik betreiben. Wir sagen und beweisen es, daß sie mit dem Kapitalismus innig verwachsen sind, daß sie vom Sozialismus sprechen, aber ihn nicht durchführen.

Frey sprach als Vertreter und als aktives Mitglied des Vereins Breslauer Detaillisten, als Vertreter der Klein- und Mittelbourgeoisie. Seine Rede war ein dauerndes Herumhacken auf den Großindustriellen. Als Hindernis für die Gesundung der Wirtschaft bezeichnete der Redner das Fehlen an nötigem Betriebskapital, die Stabilisierung der Währung, von deren Festigung die Wiederkehr der Wirtschaftsruhe abhängig sei. Er stellte sich also auf den Boden des Kapitalismus, redete wie ein Händler, der bei einer Wirtschaftsruhe am meisten verdient. Herr Frey erzählte weiter: „Die Gewinne seien wahllos in Neubauten und Sachwerten angelegt." In Wirklichkeit war der Vorgang ein anderer. Die Arbeiterschaft arbeitete seit 1919 billiger als neue Maschinen; deshalb wurden hauptsächlich alte, billige Maschinen für die Neubauten gekauft. Heute jedoch muß mit den auf technischer Höhe befindlichen Industrien konkurriert werden, darum rächt sich diese Politik. Sozialdemokraten sind schuld an den schlechten Löhnen, sie haben die Streiks abgewürgt. Ferner sagte er: „Fertigprodukte der Industrie bezieht man am teuersten von der Fabrik", Reklame für Frey's Porzellan und Töpfe. Er verlangte: Front der Verbraucher gegen die Produzenten. In Wahrheit handelt es sich nicht um Kampf der Verbraucher gegen die Produzenten, sondern der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Bezeichnend war sein Ausspruch: „Die Annahme des Dawes-Gutachtens sollte uns nicht zu Illusionen verleiten. Die Lasten werden schwer wiegen." Richtig. Aber die „Volkswacht" weckt in jeder Nummer solche Illusionen. Z. B. die gestrige Schlagzeile auf der ersten Seite: **Anleiheverhandlungen in London.** Muß sie nicht mit dem Arbeiter die Illusionen erwecken: wenn die Anleihe durchkommt, wird es besser werden. Nein. Oder: **„Heute Einladung Deutschlands!"** In der Montagnummer: **„Vernünftige Beschlüsse in London"**, als Schlagzeile auf der ersten Seite. **„Die ausländischen Kreditgeber fassen Vertrauen."** Damit zaubert man bei dem Arbeiter Illusionen hervor. Wenn sie später nicht zutreffen, wird die „Volkswacht" die Arbeiter mit neuen Illusionen besoffen machen.

Frey hatte, wie jeder Bürger für die zur Entladung kommenden Konflikte nur die Worte übrig: Es muß was kommen, es liegt etwas in der Luft.

In der Diskussion traten dem Redner einige oppositionelle Kollegen entgegen, die ihm wegen dem widerspruchsvollen seichten Referat scharf angriffen. Sie forderten nicht Worte, sondern Taten. Kampf für den Achtstundentag, Kampf für höhere Löhne.

Im allgemeinen hörten sich die reformistischen Funktionäre des Ortsausschusses das Referat ruhig an. Die meisten Mitglieder des Ortsausschusses des ADGB. sind schon so in der bürgerlichen Denkweise versumpft, daß sie den Unsinn, der da gequasselt wurde, nicht merkten. Wir hoffen, daß die Gewerkschaftsmitglieder so etwas nicht mitmachen und ihre Vertreter aus dem Ortsausschuß abberufen werden.

Breslauer Gewerkschaftsmitglieder, reinigt eure Gewerkschaften von diesem Sumpf! In keiner Versammlung des ADGB. in Deutschland haben es die Bürokraten je gewagt, Unternehmer Referate halten zu lassen, die in die Detaillistenkammer gehören. Macht Schluß mit solchen Gewerkschaftsführern!

Zum Kampf der Porzellanarbeiter.

Nachdem man monatelang über den Tarifvertrag verhandelte, der immer wieder von den Porzellangewaltigen abgelehnt wurde, nachdem Schiedssprüche getätigt wurden, welche die Herren ablehnten, setzte man am 9. Juni neue Tarifsätze fest. Der Arbeitgeberverband und der Porzellanarbeiterverband erkannten folgende Sätze an:

Lohntafel a.

Diese Tafel enthält die Mindestlöhne und die Akkordbasen. Die Mindestlöhne gelten als Einstellöhne und als Garantielöhne bei Akkordarbeit. Die Akkordbasis ist der Richtlohn für die Festlegung der Akkordpreise.

Ortsklasse a (**Waldenburg, Altwasser, Nieder-Salzbrunn**). Facharbeiter: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 29 Pf., bis 20 Jahre 33 Pf., 20—24 Jahre 41 Pf., über 24 Jahre 45 Pfg., Akkordbasis 53 Pfg. Sonstige Arbeiter: 16—18 Jahre 25 Pfg., 18—20 Jahre 30 Pfg., 20—24 Jahre 35 Pfg., über 24 Jahre 39 Pfg., Akkordbasis 49 Pfg. Facharbeiterinnen: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 18 Pfg., bis 20 Jahre 22 Pfg., über 20 Jahre 27 Pfg., Akkordbasis 34 Pfg. Sonstige Arbeiterinnen: 16—18 Jahre 15 Pfg., 18—20 Jahre 20 Pfg., über 20 Jahre 21 Pfg., Akkordbasis 30 Pfg.

Ortsklasse b (Sophienau, Königszelt, Stanowitz, Schweidnitz). Facharbeiter: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 23 Pfg., bis 20 Jahre 33 Pfg., 20—24 Jahre 39 Pfg., über 24 Jahre 42 Pfg., Akkordbasis 54 Pfg. Sonstige Arbeiter: 16 bis [illegible] 20 Jahre 29 Pfg., 20—24 Jahre 34 Pfg., über 24 Jahre 33 Pfg., Akkordbasis 48 Pfg. Facharbeiterinnen: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 17 Pfg., bis 20 Jahre 21 Pfg., über 20 Jahre 25 Pfg., Akkordbasis 33 Pfg. Sonstige Arbeiterinnen: 16—18 Jahre 15 Pfg., 18—20 Jahre 19 Pfg., über 20 Jahre [illegible] Pfg., Akkordbasis 29 Pfg.

Diejenigen Stückteile, mit denen die neue Akkordbasis bei einer Durchschnittsleistung nicht erreicht wird, sind nach den Bestimmungen des Manteltarifs neu zu errechnen. (Aus dem Schiedsspruch.)

Lohntafel b (Zeitlöhne).

Ueber Zeitlöhne sagt der Tarifvertrag folgendes:

Die Zeitlöhne gelten für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht im Akkord beschäftigt werden können, nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von mehr als drei Monaten im gleichen Betrieb. Für besondere Leistungen können höhere Löhne gewährt werden, wobei bei Facharbeitern der Stundenlohn in der Regel nicht unter der Akkordbasis liegen soll.

Ortsklasse a (Waldenburg, Altwasser, Nieder-Salzbrunn).

Facharbeiter: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 33 Pfg., bis 20 Jahre 40 Pfg., 20—24 Jahre 47 Pfg., über 24 Jahre 52 Pfg. Sonstige Arbeiter: 16—18 Jahre 27 Pfg., 18—20 Jahre 31 Pfg., 20—24 Jahre 39 Pfg., über 24 Jahre 43 Pfg. Facharbeiterinnen: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 21 Pfg., bis 20 Jahre 26 Pfg., über 20 Jahre 31 Pfg. Sonstige Arbeiterinnen: 16—18 Jahre 17 Pfg., 18—20 Jahre 22 Pfg., über 20 Jahre 26 Pfg.

Ortsklasse b (Sophienau, Königszelt, Stanowitz, Schweidnitz).

Facharbeiter: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 32 Pfg., bis 20 Jahre 39 Pfg., 20—24 Jahre 45 Pfg., über 24 Jahre 50 Pfg. Sonstige Arbeiter: 16—18 Jahre 25 Pfg., 18 bis 20 Jahre 33 Pfg., 20—24 Jahre 38 Pfg., über 24 Jahre 42 Pfg. Facharbeiterinnen: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 20 Pfg., bis 20 Jahre 25 Pfg., über 20 Jahre 30 Pfg. Sonstige Arbeiterinnen: 16—18 Jahre 16 Pfg., 18—20 Jahre 21 Pfg., über 20 Jahre 25 Pfg.

Diese niedrigen Löhne sind den schlesischen Porzellanfabrikanten noch zu viel. Sie wollen nicht zahlen, sie wollen den Kampf.

Porzellanarbeiter! Bleibt fest!! Wir Kommunisten werden euch unterstützen.

Bauarbeiter-Versammlung in Langenbielau.

In der letzten Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes stand der bevorstehende Verbandstag und die Aufstellung der Kandidaten zu demselben zur Debatte. Man mußte annehmen, daß zu diesem Punkte eine rege Aussprache stattfinden wird, aber das Gegenteil war der Fall. Die SPD.-Kollegen haben allem Anschein nach selbst schon das Vertrauen an ihren reformistischen Gewerkschaftsführern verloren, weil sie kein Wort sagten. Sie müßten doch aus den letzten Jahren, seit dem letzten Verbandstage, Fehler gefunden haben, die unbedingt abgestellt werden müssen. Im Baugewerksbund ist nicht alles im Interesse der Mitgliedschaft geschehen, so daß für den kommenden Verbandstag keine Arbeit mehr übrig wäre. Als Kandidaten für den 7. Wahlkreis wurden gewählt von den Maurern Genosse Hermann Müller, von den Bauhilfsarbeitern Genosse Paul Voitzsch.

Wir erwarten von allen Kollegen, daß sie am 3. August ihre Pflicht tun, daß in Hamburg die Opposition großen Einfluß bekommt und unsere Arbeit in den Gewerkschaften fruchtbringender wird.

P.

Betrieb und Werkstatt.

Zellenobleute-Sitzung Breslau.

Am 21. Juli fand eine Sitzung der Zellenobleute statt. Neben vielen industriellen Betrieben waren Banken, Angestellte, Krankenkasse usw. vertreten.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung sprach ein Genosse über die politische Lage.

Die Ausführungen des Genossen [illegible] in klarer und [illegible] Zum Punkt 2 sprach ein Genosse der IAH. Er legte in klarer Weise den Sinn und die Aufgaben der IAH. [illegible] Die IAH. soll die [illegible]

In der Diskussion wurden keine Anfragen gestellt.

Unter Verschiedenes wurden die Punkte „Rote Hilfe", Literatur, Zeitungen und Erweiterung der Zellen erledigt.

Die Sitzung dauerte über 3 Stunden. Alle Anwesenden waren bemüht, die zur Debatte stehenden Punkte mit größter Sorgfalt und größtem Eifer zu erledigen. Die Arbeit der Zellen wird durch diese Vollversammlung auch in Breslau einen Aufstieg erfahren.

Der [illegible] der Notstandsarbeiter im [illegible], Breslau.

[illegible]

Ein Augenzeuge.

[illegible] habt acht!

[illegible]

[illegible] der Partei in Beuthen OS.

Mit dieser Tagesordnung versammelten sich die KPD.-Mitglieder der Heinitzgrube, Hohenzollerngrube und Karsten-Zentrumgrube. [illegible] nicht anschließen wollen, oder die Einladungen zu Sitzungen oder Versammlungen nicht befolgen, werden als Mitglieder der KPD. gestrichen. [illegible]

Alle [illegible] Genossen schließen sich der Betriebszelle an, wo sie [illegible] gearbeitet haben.

Ferner geben wir bekannt, daß die Genossen von Beuthen und Umgebung das Lokal der Spitzel und Arbeiterverräter, das Volkshaus und das Lokal Pagoda meiden.

Ein „feiner" Arbeiterführer.

Besonnenheit, die immer Ruhe und Besonnenheit predigen, werden nach ihrer Meinung durch klassenbewußte Betriebe [illegible] für ihre Knechtsarbeit vom Unternehmer belohnt. Dies trifft ganz besonders bei dem Eisenbahn-Ausbesserungswerk [illegible] zu. Die Kollegen, die dem Betriebe [illegible] Hanschel, welcher seine Jahre [illegible] arbeiterschädigende Rolle dieser [illegible] Hanschel, welcher seine Jahre [illegible] als [illegible] von der Verwaltung eine [illegible] in Bad Kudowa. Nach seiner Rückkehr wurde ihm ein [illegible] im Magazin [illegible]

Breslau.

[illegible] Kundgebungen der Breslauer Arbeiter gegen Haarmannpolizei für K. P. D.

Am 18. Juli berief die KPD., Ortsgruppe Breslau, 3 Protestversammlungen gegen die Haarmannpolizei und gegen das Verbot der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" ein, deren mutiger Kampf gegen Haarmann abgewürgt werden sollte. Die Versammlungen wiesen einen starken Besuch auf. Unsere Referenten verstanden es, breiten Massen der Breslauer Arbeiterschaft den Sumpf der deutschen Polizei und all ihrer Organe an krassen Beispielen der Brutalität unserer Ordnungsbestien zu zeigen. Die Versammlungen wandten sich einstimmig gegen die Mundtotmachung der kommunistischen Presse, für die Bestrafung der Schuldigen Bederath, Noske und Severing, für die Kontrolle der Polizei durch proletarische Untersuchungsausschüsse, für die Befreiung der politischen Gefangenen.

Eine Resolution in diesem Sinne wurde ohne Widerspruch angenommen.

Mit einem Hoch auf die KPD. wurden die wuchtigen Kundgebungen geschlossen.

Resolution
am 18. 7. 24

„Die am 18. Juli in ...... Versammelten erheben flammenden Protest gegen das durch die Haarmann-Affäre aufgedeckte

Polizeisystem Severing-Noske.

Es ist ein Skandal ohnegleichen, daß ein im Dienste der Polizei stehender Verbrecher unter den Augen der Polizeibehörde jahrelang eine regelrechte Menschenschlächterei betreiben konnte. Es ist ein noch größerer Skandal, daß die Polizei derartige

Verbrecher als Spitzel gegen die KPD.

losläßt. Dadurch ist klar erwiesen, daß die Hetze gegen die KPD. sowohl wie die Bluturteile gegen ehrliche Arbeiter auf Spitzel der Polizei vom Schlage Haarmann zurückzuführen sind. Die Versammelten verlangen sofortige Verhaftung aller mitschuldigen Beamten einschließlich des Oberpräsidenten Noske und des hannoverschen Polizeipräsidenten, damit sie ihrer Bestrafung zugeführt werden können.

Das Verbot der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" soll uns [illegible] Haarmann-Polizei aufzudecken. Wir [illegible] Aufhebung des Verbotes und die Einstellung [illegible] durch revolutionäre Arbeiter [illegible] Polizei [illegible] aller [illegible] Haarmann-Polizei. [illegible]

Durch das Verbot ist nachstehender Bericht verspätet erschienen.

Die Redaktion.

Die „Volkswacht" zum Verbot der „Schles. Arb.-Ztg."

Ueber das Verbot unseres Blattes durch den sozialdemokratischen Oberpräsidenten berichtete das sozialdemokratische Blatt an versteckter Stelle. Es berichtete im Stil der amtlichen Lügenbüros, daß die „Schl. A.-Ztg." wegen „Beschimpfung der Republik" verboten wurde.

Kein Wort darüber, daß der inkriminierte Artikel sich gegen die [illegible] Gefangenen und gegen das [illegible] den „Volkswacht"-Redakteur [illegible] Kein Wort darüber, daß das Verbot erfolgte, [illegible] in Hannover in Zusammenhang mit [illegible]

[illegible] daß das Verbot nicht [illegible] „Zeitung" die Republik [illegible] Für Pressefreiheit [illegible] Arbeiterpresse [illegible] eine [illegible]

„[illegible]"

[illegible] aus Breslau. [illegible] Graf von [illegible] Wilhelm von [illegible] Georg Müller [illegible]

[illegible] Volksgericht [illegible] Soldaten [illegible] werden [illegible] „Namen des Volkes". [illegible]

Alle Angeklagten gehören zum Proletariat. Alle „Richter" [illegible] Kreisen kann das Wesen der Klassenjustiz nicht [illegible]

[illegible] Bettler.

In ein sogenanntes [illegible] Haus in Scheitnig kommt ein Bettler, und [illegible] alle Türen ab. Zuletzt geht er zur Hausmeisterin und erhält dort eine Unterstützung. Da sagt er: Es ist [illegible], die [illegible] für uns noch etwas übrig, die Reichen [illegible]. Ins Gespräch kommend, [illegible] mächtig auf die Juden und gesteht zuletzt, daß er Mitglied des Stahlhelms ist. Sehr betreten wurde er, als er hören mußte, daß alle Bewohner des Hauses ebenfalls [illegible] sind.

Viele nehmen an, die [illegible] hätten nur Mitglieder aus den besseren Gesellschaftskreisen. Wir wissen aber, daß sie auch irregeleitete Proletarier, Kopf- und Handarbeiter, als [illegible] Maschinengewehrfutter als Mitläufer, aufnehmen. Bezeichnend ist es, daß Mitglieder der Faschisten, die nichts zu beißen haben, genau so hart und kalt von ihren faschistischen „Führern" behandelt werden, wie Angehörige anderer Richtungen.

Ja, wenn es um den Geldsack geht, versiegt die nationale [illegible] Einigkeit, es kommen die Klassengegensätze zum Vorschein.

Deshalb Arbeiter, laßt euch nicht mißbrauchen! Steht zu eurer Klasse!

Zeitungsabonnenten, gebt acht!

Unserem Abonnenten Dominik, Breslau 9, Markenstraße [illegible], erklärte der Briefträger vor 3 Wochen, daß die Zeitung verboten sei. Erst auf Beschwerde wurde ihm die Zeitung ausgehändigt. Deshalb achtet auf die Sabotage reaktionärer [illegible].

Expedition
der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung".

Aus der Provinz.

Demokratische Erpressungen.

Eine kommunistische Erklärung.

Oppeln.

Ich bin Angehöriger der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Nach den Organisationsbeschlüssen für die Umstellung der Partei organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands vom Mai 1921 hat jedes Mitglied der Partei die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale als für sich bindend anzuerkennen.

Ich erkläre hiermit jedoch ausdrücklich, daß ich all den Anordnungen meiner Partei keine Folge leisten werde, die mit den Pflichten eines Staatsbeamten nicht vereinbar sind.

Vielmehr werde ich das Amt eines unbesoldeten ..... im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteiinstruktionen führen.

Insonderheit werde ich:

a) die mir als Beamten obliegende Pflicht der Amtsverschwiegenheit peinlich erfüllen,

b) jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung durch Wort und Tat entgegentreten,

c) die Anwendung von Gewalt, Terror bei Kämpfen wirtschaftlicher oder politischer Art mit allen Mitteln verhindern,

d) stets alle Gesetze des Staates genau beachten und den Weisungen meiner Vorgesetzten willig nachkommen.

Peter Mundrzik.

*

Ein Kommunist, ein Vorkämpfer der Arbeiterschaft, unterschreibt ein solches Schanddokument. Die Sozialdemokratie, die „Volkswacht", hat wieder einmal einen Grund, die „Rückgratlosigkeit der kommunistischen Maulhelden" darzutun. Worum handelt es sich in Wirklichkeit?

Der Stimmzettel, das Allheilmittel der Sozialdemokratie, hat in allen Parlamenten der Städte, der Länder und des Reiches den Kommunisten ungeheure Erfolge gebracht. Aber die „reine", „wahre" Demokratie kehrt sich nicht an den Stimmzettel. Ein Federstrich — und alle Rechte der „wahren Volksvertreter" sind beseitigt. Severing, der Schützer der deutschen Republik, hat angeordnet, daß

jeder kommunistische Stadtrat und Gemeindeschöffe diese Erklärung unterschreiben muß.

Anderenfalls wird er nicht bestätigt.

Die Wähler haben den kommunistischen Abgeordneten gerade deshalb gewählt, weil er kein käuflicher, verräterischer Sozialdemokrat, weil er kein Vertreter bürgerlicher Ausbeuterinteressen, sondern ein Kommunist, das heißt ein unerschrockener Vorkämpfer der Arbeiterschaft ist.

Herr Severing, der Demokrat, streicht rücksichtslos nicht nur den kommunistischen Abgeordneten aus der Stadtratsliste, er streicht gleichzeitig den Willen Tausender nichtkommunistischer, ehrlicher Wähler aus. Er verbietet die Vertretung von Arbeiterinteressen, dort, wo sie mit den Gesetzen des Ausbeuter- und Polizeistaates in Widerspruch geraten. Die „Unvereinbarkeit" der „Anordnungen der KPD." mit den „Pflichten eines Staatsbeamten" ist nur eine verwaschene Formulierung der tatsächlichen Unvereinbarkeit der sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit den unsozialen Interessen dieser Republik. Die Sozialdemokratie, die vor jeder Gewalttat zurückschreckt, die gegen Rechts gerichtet ist (bei Aufständen der Arbeiterschaft gegen die Reaktion ist sie nicht so pazifistisch), untersagt nicht nur die gewaltsame Bekämpfung der Republik, sie unterbindet mit derartigen Methoden sogar den Versuch einer friedlichen, demokratischen, ordnungsgemäßen Umänderung der Republik, sei es auch nur mit dem Stimmzettel in der Hand.

Nicht die kommunistische Partei steht als Verräter der Arbeiterschaft da, sondern die Demokratie und ihre Beschützerin, die deutsche Sozialdemokratie, die mit solchen Methoden die Stimme des Volkes unterdrückt, den Willen des Volkes zerbricht, um die Klassenherrschaft der Ausbeuter aufrechtzuerhalten.

Um im Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre Sozialdemokraten zu siegen, bedarf es nicht nur des Mutes und der Unerschrockenheit, sondern auch der List und der Verschlagenheit. Auf einen Schelm anderthalbe! Und wenn sie uns zwingen, papierne Wische zu unterschreiben, so unterschreiben wir sie, um in unserer Tätigkeit, und das ist das Entscheidende! um so energischer die Interessen unserer Wähler, der Arbeitermassen, aller Unterdrückten, und ihres Vortrupps, der KPD., zu vertreten.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Leichnitz, Breslau. Inserate Artur Müller, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2345.
Heute und morgen 8 Uhr
Gastspiel des Wiener Neuen Theaters
„Wien gib acht!"
Große Ausstattungs-Revue in 11 Bildern.

Die Buchhandlung der Produktivgenossenschaft e. G. m. b. H.
empfiehlt
Die junge Garde

Versammlungs-Kalender.

Breslau. Roter Zeltsaal. Heute, den 25. Juli, abends 7.30 Uhr, im „Roten Zelt", Kaiserstraße und Freiheitsversammlung. Jeder Genosse muß pünktlich erscheinen. Referent erscheint.

— Bezirk Nord. Donnerstag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, findet Schulung 19 im Jugendheim statt. Thema: Was will die Kommunistische Jugend.

— Schlesien. Zeitungsabonnenten-Werbeaktion und Werbeaktion für Genossenschaften findet nicht mehr in den Versammlungen, sondern nur noch im Parteibüro, Trebnitzer Straße, Mittwoch und Sonnabend statt. Es ist dringend notwendig, daß alle Genossen, haben sie freiwillige Spenden, Kalkulationen abzugeben.

— Bezirk Ost. Für die Hauptkassierer der Ortsgruppen findet am Sonntagvormittag, den 28. Juli, im Parteibüro, Trebnitzer Straße, eine Kassierer-Konferenz statt. Es wird erwartet, daß alle Kassierer pünktlich erscheinen.

Gleiwitz. Versammlung am 24. Juli, abends 7 Uhr. Versammlung der Gemeinde- und Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft.

— Hindenburg. Am 27. Juli, vorm. 10 Uhr, Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft im Parteibüro. Sehr wichtige Tagesordnung.

Kämpfende Proletarier Deutschlands
lest die illustrierte satirische Arbeiterzeitung
Der Knüppel
zu haben bei allen Broschürenobleuten oder direkt durch die Buchhandlung der Produktivgenossenschaft, Breslau, Trebnitzer Str. 50.
Soeben erschien Nr. 2. / Preis 20 Pfg.
Mit diesem schlagt ihr
Sämtliche Politische Dummköpfe!

Die billigste Einkaufsquelle für die arbeitende Bevölkerung ist und bleibt das
Zigarrenhaus Schwarz & Comp.
Hindenburg, Bahnhofstraße Nr. 4.
Beachten Sie bitte die 3 Schaufenster.

Kommunistische Stadtverordnete u. Gemeindevertreter
Ihr müßt unbedingt abonnieren:
„Die Kommune"
Die Zeitschrift erscheint laufend monatlich
Preis pro Exemplar 0.20 Mk.
Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H., Breslau
Trebnitzer Straße Nr. 50 Abteilung: Buchhandlung

Beachtet unsere Inserenten!

RATIBOR O.-S.
Die gegebene Einkaufsstätte des Verbrauchers
ist und bleibt das
Schuhhaus Aschner, Ratibor
Domstraße Nr. 9–10.
Beherzigen Sie das bei Ihren Einkäufen!
Alleinverkauf der Weltmarke Salamander

JOHANN JANIK
Ratibor OS. — Bosatzer Straße 19
Möbel-Tischlerei u. Lager
Anfertigung aller ins Fach schlagenden Arbeiten in sauberer Ausführung

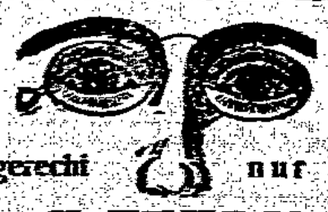
Schuh-Palast Hansa
M. Bakeizer
Ratibor, Bauerstr. 3
Großes Lager in Schuhwaren aller Art

Heinrich Harbolla
Ratibor
Domstrasse 3
Damen- und Mädchen-Bekleidung

Robert Sonnek
Ratibor O.-S. • Neue Straße 3
Spezial-Geschäft für feine Herrengarderobe
Maß-Anfertigung

Herren- u. Knaben-Garderobengeschäft
Großes Lager in Arbeiter-Konfektion
Anfertigung nach Maß zu billigsten Preisen
Unterhalte grosse Stoff- und Futtersachenlager
Josef Hacker Ww.
Inh.: Paul Kachel
Domstrasse 2, gegenüber der Pfarrkirche
Telephon 198
Streng reelle Bedienung
en gros en detail

JOSEF HENNEK
Zigarren-Import und Versand
RATIBOR
Bahnhofstrasse 8 Bahnhofstrasse 8

Jede Brillensache

fachgerecht nur beim
Optiker H. FUHRMANN
RATIBOR Bahnhofstr. 4
Sorgfältige Lieferung aller Krankenkassen-Brillen.

Zigarrenhaus V. Vogel
Ratibor OS.
Oberwallstraße Nr. 18
Billigste Bezugsquelle in Rauchwaren

E. Neisser
Ratibor, Lange Straße 46
Herrenhutfabrik, Herrenartikel und Schuhwaren sowie sämtliche Friseurbedarfsartikel

Schuh-Zentrale
Inh. M. Tockus
RATIBOR
Bahnhofstraße Nr. 4

Schuhhaus Merkur
Ratibor O.-S.
Nr. 50 Langestraße Nr. 50

KASSEL & CO.
Feinste Herren- und Damen-Bekleidung
Ratibor Oderstr. 4

Josef Stanulla Nachflg.
Ratibor, Ring 10
Manufaktur- u. Modewarenhaus
Spezialität: Sammet u. Seiden

Auf der diesjährigen Arbeitskonferenz stand im Mittelpunkt die Frage des Achtstundentages. Und zwar handelte es sich hierbei um die Ratifizierung des Beschlusses der 1. Arbeitskonferenz, die schon bald unmittelbar nach der Versailler Friedenskonferenz in Washington stattfand. Neben einer Reihe sozialpolitischer Beschlüsse wurden dort, ausgehend von dem Gedanken, daß der Achtstundentag nur dann restlos durchgeführt werden könne, wenn er in allen Ländern gleichzeitig eingeführt würde, durch einen Beschluß alle Regierungen aufgefordert, die achtstündige Arbeitszeit zum gesetzlichen Normalarbeitstag zu erklären. Doch keine kapitalistische Regierung der Großstaaten ist seitdem dieser Aufforderung nachgekommen. Ratifiziert wurde der Washingtoner Achtstundentagsbeschluß bis jetzt lediglich von der Tschechoslowakei, von Griechenland, Polen, Bulgarien und Japan. Damit ist selbst in diesen Ländern der Achtstundentag noch längst nicht in der Praxis eingeführt, denn in allen diesen Staaten wird länger als acht Stunden gearbeitet. Ganz drastisch tritt der Schwindel des Arbeitsamtes in Erscheinung durch die Tatsache, daß zu gleicher Zeit, als der polnische Regierungsvertreter in Genf feierlichst verkündete, in Polen wäre der Washingtoner Beschluß zum Gesetz erhoben und der Achtstundentag allgemein eingeführt, die telegraphische Meldung durch die Welt ging: In Polnisch-Oberschlesien wird generell der Zweistundentag im Bergbau und in der Metallindustrie eingeführt.

Doch alle diese Länder sind verhältnismäßig kleine Kläffer in der kapitalistischen Internationale. Der Streit in Genf ging daher nur die Einführung des Achtstundentages in Deutschland, England, Frankreich. Doch nicht das Interesse der Arbeiterschaft, nicht humanitäre und soziale Erkenntnis von der Notwendigkeit des Achtstundentages, sondern kapitalistische Profitinteressen und der Konkurrenzneid waren die Ursachen der Differenzen in Genf. In Deutschland wurde unmittelbar nach Kriegsschluß unter dem Druck der revolutionären Massen der Achtstundentag allgemein eingeführt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen und unter dem Druck der Arbeiterschaft folgten einzelne Industriegruppen der übrigen Länder in der Einführung des Achtstundentages. Im Herbst 1923 wurde aber mit dem vollständigen Sieg der Reaktion und durch den Verrat der SPD. und des ADGB. der Achtstundentag in Deutschland wieder beseitigt und es arbeiten heute schon mehr als 60 Prozent des Proletariats neun, zehn bis sechzehn Stunden pro Tag.

Diese Entwicklung in Deutschland beobachteten die Ententekapitalisten mit Furcht und Schrecken, weil sie gegenwärtig nicht so leicht wie die deutschen Kapitalisten die Arbeitszeit in ihren eigenen Ländern wieder verlängern können und daher in der Arbeitszeitverlängerung in Deutschland einen Vorsprung ihrer deutschen Konkurrenten, ein

neues deutsches Dumping

befürchten. Aus diesem Grunde soll nach ihrem Wunsch in Deutschland wieder der Achtstundentag eingeführt werden, dann wollen auch die Engländer und Franzosen mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens folgen. Und man konnte daher in Genf das sonderbare Schauspiel erleben, daß so ausgesprochene Kapitalsvertreter, wie der französische und englische Arbeitsminister begeisterte Reden für den Achtstundentag hielten.

Der deutsche Regierungsvertreter jedoch erklärte kategorisch, daß in Deutschland an den Achtstundentag nicht zu denken wäre, denn die Reparationslasten zwingen Deutschland zu einer Verlängerung der Arbeitszeit. Dasselbe erklärte der deutsche Unternehmervertreter Vogel. Und der SPD.-Führer Hermann Müller als deutscher „Arbeiter"-Vertreter führte die reinsten Schlagentänze auf, um einerseits die Arbeitszeitverlängerung in Deutschland mit Reparationslasten zu entschuldigen und sich andererseits für die „prinzipielle" Aufrechterhaltung des Achtstundentages zu erklären. So kam es, daß in Genf nicht eine geschlossene Front der Arbeitervertreter gegen die Kapitalisten um den Achtstundentag kämpften, sondern daß die Amsterdamer wie immer national gespalten waren und jeweils mit den Kapitalisten ihres Landes gegen den „Feind", die gemeinsamen Arbeiter- und Kapitalistenvertreter des anderen Landes standen.

Die Konferenz ist zu Ende gegangen wie das Hornberger Schießen. Der „Vorwärts" schreibt zwar, daß ihre Beschlüsse eine grundlegende Aenderung zu Gunsten der Arbeiter (!) bedeuten. In Wirklichkeit aber ist nichts Positives beschlossen worden, denn, wie der „Vorwärts" selbst schreibt, sind „sämtliche Resolutionen, darunter auch die über den Achtstundentag, die Reparationsfragen und die Arbeitslosigkeit dem Verwaltungsrat zur Prüfung (!) überwiesen worden.

Wenn das schon eine grundlegende „Aenderung" ist, dann ist der „Vorwärts" wirklich um seine Bescheidenheit zu beneiden. Oder aber, und das ist das Zutreffende, die Arbeiter werden hier schamloser denn je angelogen.

Doch ADGB. und SPD. sind offenbar von der durchschlagenden Wirkung dieses „Vorwärts"-Schwindels auf die Arbeiter nicht überzeugt und sie holen zur Täuschung des Proletariats eine Fortsetzung der „Kampagne für den Achtstundentag" im Sinne der Genfer Arbeitsgemeinschaft für notwendig. „Einführung des Achtstundentages in Deutschland, Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch die deutsche Regierung". Unter diesem Kampfgeschrei haben für eine riesige Scheinpropaganda aufgezogen. Es soll darüber ein Volksentscheid in Deutschland herbeigeführt werden. In der ganzen SPD.-Presse werden große Interviews von Albert Thomas, dem Vorsitzenden des Genfer Arbeitsamtes, vom Sozialdemokraten Branting und anderen reformistischen Größen veröffentlicht, in denen „nachgewiesen" wird, daß das Sachverständigengutachten ausdrücklich auf dem Achtstundentag in Deutschland aufgebaut wäre. Das stimmt zwar nicht, aber trotzdem wollen SPD. und ADGB. auf dem Wege eines Volksentscheids den Achtstundentag in Deutschland, wenn auch nur „prinzipiell", festlegen. Das Ganze ist eine beispiellose Demagogie, denn die Sozialdemokraten wissen selbstverständlich ganz genau, daß sie damit den Achtstundentag nicht erreichen, ja, wie hunderte ihrer Führer täglich beweisen, wollen sie ihn garnicht einmal. Das Ganze hat den Zweck, dem Proletariat in Deutschland Sand in die Augen zu streuen, es von dem wirklichen Kampf um den Achtstundentag,

der im Land selbst im schwersten und rücksichtslosesten Kampf gegen das Unternehmertum durchgefochten und erzwungen werden muß,

abzuhalten und es gleichzeitig vom Kampf gegen den Zehnerständigenplan abzulenken. Das und nichts anderes ist Ziel und Ziel des sozialdemokratischen Theaterdonners.

Der ehemalige Sozialdemokrat Paul Lensch, der seine Pappenheimer sehr genau kennt, wettert in der „DAZ." gegen das „Attentat auf das deutsche Volk", die „neue Hungerblockade" und „völlige Zerstörung seiner Wirtschaft", wie er die Beschlüsse der Arbeitskonferenz in Genf bezeichnet. Liegt auch darin eine kolossale Ueberschätzung der Arbeitskonferenz, und ein demagogischer Kniff des Kapitalistenknechts Lensch, um den Achtstundentag, als eine „Hungerblockade" für das deutsche Volk vom deutschen Kapital fernzuhalten, so hat Lensch doch vollkommen Recht mit seiner Charakterisierung der sozialdemokratischen Demagogen, wenn er schreibt:

„Hätten wir wirklich eine völkerbefreiende Sozialdemokratie, für die das Wort der internationalen Solidarität mehr wäre als ein Schleiertuch ihrer Feigheit, so müßten sie in ihren Ländern die gesamte Reparationspolitik bis aufs Blut bekämpfen. In Wahrheit unterstützt sie sie. Man frage nur den trefflichen Vandervelde aus Belgien. Diese Masse erblickt in der Aufsaugung Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse einen herrlichen Profit, auf den sie ebensowenig verzichten will, wie der Kapitalist auf den seinen."

Das ist eine sehr herbe, aber umso richtigere Charakterisierung der Helden von der II. Internationale. Sie sind überhaupt zu feig zur Konsequenz, zum Kampf. Sie wollen gleichzeitig das Kapital und die Arbeiter retten, sie wollen das Sachverständigengutachten durchführen und den Achtstundentag und bringen damit weiter nichts fertig, als daß sie die Geschlossenheit und Stoßkraft des Proletariats lähmen und zerschlagen und sich selbst zum Gespött der ganzen Welt machen.

Das Proletariat kann daraus nur die eine Lehre ziehen:

Schärfsten und rücksichtslosesten internationalen Kampf gegen den Sachverständigenplan. Das ist auch der wirkungsvollste Kampf für den Achtstundentag.

Soeben erscheint — Lesen!

Arbeiter-Literatur

Nr. 7/8 — 160 Seiten — 40 Pfg.

Aus dem Inhalt: Lenin über die Aufgaben der Arbeiterpresse. Trotzky: Zwei Beiträge über Lenin. / Goldene Worte Marxens. Macdonalds. / Notizen. / Bücherschau usw.

Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 235.

Nummer 9 — Jahrgang 4

Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Bezugspreis: Einzelnummer 10 Pfennig — Berlin, im Juli 1924 — Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G.m.b.H., Berlin, Dianastr. 27. Red.: Willi Schönwerk, Berlin, Rosenthaler Str. 38

Heraus zur Kampfwoche!

In der Zeit vom 27. Juli bis 4. August findet in allen Ländern der Welt eine Kampfwoche gegen den imperialistischen Krieg statt.

Die zehnjährige Wiederkehr der „glorreichen" Augusttage von 1914 hat die Exekutive der Komintern veranlaßt, alle ihre Sektionen zu mobilisieren, damit sie klar und unzweideutig auf den Straßen den proletarischen Willen der werktätigen Massen manifestieren, mit allen Mitteln gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen.

Die „Führer" der deutschen Gewerkschaften werden an diesem 4. August selbstverständlich nicht verfehlen, die pazifistische Friedensschalmei zu blasen, mit denen sie die Arbeiter mit Phrasen einlullen wollen. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß dieselben Gewerkschaftsführer beim Ausbruch eines imperialistischen Krieges

die schlimmsten Lakaien der Bourgeoisie und die gefährlichsten Kriegshetzer sind.

Der Kampf gegen den Imperialismus kann nur geführt werden mit den Mitteln des Bürgerkrieges. Erst der Sturz der alten kapitalistischen Ordnung und der Aufbau der proletarischen Diktatur werden künftige Kriege verhindern, denn die Gefahr der Kriege liegt in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Das hat der letzte Weltkrieg und seine Auswirkungen mit aller Deutlichkeit bewiesen.

Für die kommunistischen Gewerkschafter besteht deshalb die Pflicht, in allen Fraktionen, Gewerkschaften und Betrieben sofort Stellung zu nehmen, um in der Kampfwoche alle Kräfte zu mobilisieren zum Kampfe gegen den Imperialismus und die sozial-pazifistische Verdunkelungstaktik.

Die Kommunisten müssen der Arbeiterschaft begreiflich machen, daß nur der Kampf um die politische Macht im Weltmaßstabe

die Uebernahme der Macht durch die Arbeiterklasse

die Gefahr der Kriege bannen kann.

In der Kampfwoche müssen die Arbeiter in den Betrieben sowie die Erwerbslosen unter den Parolen der Kommunisten gesammelt werden zum Kampfe

gegen den Imperialismus,
gegen das Sachverständigengutachten,
gegen den Versailler Raubvertrag.

Einmütig muß aus allen Zahlstellen und Betrieben dem ADGB. für seine Stellungnahme zum Sachverständigen-Plan die heftigste Kampfansage entgegenhallen. Die Kampfwoche muß die Sammlung aller Arbeiter bringen zum Kampf gegen den Versklavungsplan.

Für die Wiedereroberung des Achtstundentages,
für die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterschaft,
für die Bewaffnung der Arbeiterschaft, die Entwaffnung der Bourgeoisie,
für die Rätediktatur!

Die Gewerkschaftsfrage auf dem V. Weltkongreß.

Neben dem politischen Bericht der Exekutive war die Gewerkschaftsfrage auf dem V. Weltkongreß dasjenige Problem, das mit am meisten Interesse erheischte und eine tiefschürfende Diskussion auslöste.

In der Gewerkschaftsfrage die richtige Linie zu finden, alle passiven und scheinradikalen Tendenzen zu überwinden, ist mit das erste Erfordernis für eine Verankerung der kommunistischen Bewegung in den breitesten Arbeitermassen. Der V. Weltkongreß hat durch seine Entscheidung bewiesen, daß er alle Schwankungen und Halbheiten, die innerhalb der Komintern in der Gewerkschaftsfrage aufgetaucht sind, liquidiert. Er unterstrich, daß die zielbewußte, revolutionäre Arbeit in den Amsterdamer Gewerkschaften eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien darstellt. Ohne schlagkräftige kommunistische Betriebszellen, ohne gut funktionierende und einheitlich zusammengefaßte Gewerkschaftsfraktionen ist eine kommunistische Partei undenkbar. Sie zu schaffen und die vorhandenen auszubauen und durch Zuführung neuer Elemente zu stärken, ist gerade in Deutschland angesichts der vor der Arbeiterklasse liegenden Aufgaben revolutionäre Pflicht. Angesichts des offenen Bekenntnisses der Amsterdamer zu der unbedingten Durchführung des Sklavenpaktes der internationalen Bourgeoisie genannt Sachverständigenabkommen, ist die aktivste Arbeit jedes Kommunisten unter den Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die Stärkung und Festigung der kommunistischen Organe zur Gewinnung dieser Massen von größter revolutionärer Bedeutung.

*

Es ist begreiflich, daß in dem Ringen nach Klarheit auf dem Weltkongreß die Gegensätze in der Gewerkschaftsfrage aufeinanderprallten. Darin aber stand der ganze Kongreß in völliger Einmütigkeit, daß die Spaltungs- und Austrittbewegungen aus den Gewerkschaften und jede Tendenz dazu mit aller Schärfe bekämpft werden müssen. Die Absonderung der revolutionären Arbeiter vom Grosse der Arbeiterklasse, ihre Zusammenfassung in reinen, kleinen revolutionären Verbänden, wäre Herostratentat schlimmster Art. Eine derartige Politik würde letzten Endes die vollkommene Kapitulation vor Amsterdam

deuten und die Preisgabe des Rechtes, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung — nach Lenin die historische Form der Massenbewegung — für die soziale Weltrevolution zu kämpfen. Der nächste Schritt müßte mit unerbittlicher Konsequenz zum Zerfall der kommunistischen Bewegung führen.

Mit Recht konnte Genosse Losowsky in seinem Referat ausführen, daß die Amsterdamer Internationale sich als eine politische und wirtschaftliche Streikbrecherorganisation der Bourgeoisie erwiesen hat. Je schwächer und einflußloser die Kommunisten in den Gewerkschaften sind, desto größer wird der Amsterdamer Verrat sein. Wir Kommunisten haben die Pflicht, den unzufriedenen revolutionären Arbeitern, die die Gewerkschaften verlassen, zu sagen: Zurück in die Gewerkschaften und entschlossener Kampf gegen die Bürokratie im Interesse der gewerkschaftlichen Einheit!

Die Frage der Eroberung der Gewerkschaften ist nicht schematisch als eine solche der Eroberung des Apparates, sondern der Massen zu betrachten! Dabei bedeutet selbstverständlich jede Funktion, die erobert wird, eine wichtige Position, von der aus die Arbeit mit größerer Beschleunigung betrieben werden kann. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, entpuppt sich der freiwillige Austritt aus den Gewerkschaften nicht als revolutionäre Tat, sondern als ein passiver schädlicher Verzweiflungsakt.

Speziell die Lage in Deutschland beleuchtend, stellt Genosse Losowsky weiter fest, daß keinesfalls eine Liquidierung unserer kommunistischen Fraktionsarbeit eintreten darf, wo wir die Gewerkschaften erobert haben. Es muß im Gegenteil eine Steigerung der Arbeit erzielt werden, zur weiteren Festigung unseres Einflusses. Ebenso wichtig ist die Arbeit unter den Betriebräten und ihre Sammlung um die Kommunistische Partei, damit wir, in Verbindung mit den Betriebszellen, feste Fundamente in den Betrieben schaffen. Nur so gewinnen wir eine sichere Plattform im Kampfe gegen die Amsterdamer Spaltungstendenzen. Die Kommunistenausschlüsse aus den Gewerkschaften müssen von den Betrieben aus auf breitester Grundlage bekämpft werden.

Genosse Heckert hat als Korreferent aufgezeigt, worauf die Schwankungen in der Gewerkschaftsfrage zurückzuführen sind. Einzig und allein die Ueberwindung aller im Wege stehenden Schwierigkeiten, durch die Anwendung einer klaren Politik gegenüber allen destruktiven Tendenzen kann unsere Positionen wieder stärken.

Der Genosse Schumacher, der innerhalb der deutschen Partei einen vollkommen abwegigen Standpunkt in der Gewerkschaftsfrage vertritt, hatte auf dem Weltkongreß die Möglichkeit, seine Auffassung zu vertreten. Es ist ihm nicht gelungen, auch nur einen Delegierten von der Richtigkeit seiner Linie zu überzeugen. Nach der Auffassung des Genossen Schumacher ist die Eroberung der Gewerkschaften unmöglich, denn der ADGB. schließe die Kommunisten aus und sabotiere die Arbeitskämpfe. Die Kommunisten hätten die Pflicht, die Ausgeschlossenen und Unorganisierten in Industrieverbänden zu sammeln. Die Grundlage sei bereits in den bestehenden selbständigen Verbänden gegeben. Nur dadurch, daß die deutsche Partei diese nicht unterstütze, machten dieselben keine Fortschritte. Es bestehe die Möglichkeit, aus ihnen Industrieverbände zu schaffen, bei ausreichender Unterstützung durch die Partei.

In der Diskussion wurde von allen Rednern, einschließlich der deutschen, der gegenrevolutionäre Charakter der Losung Schumachers: „Heraus aus den Gewerkschaften", hervorgehoben. Sie ist deshalb so gefährlich, weil sie angesichts der Fortsetzung der kapitalistischen Offensive und der drohenden Durchführung des Sachverständigenabkommens die Arbeiter den reformistischen Seelenverkäufern überläßt.

Die Ausführungen des Genossen Sinowjew lassen keinen Zweifel aufkommen über die Stellung der Komintern zu allen scheinradikalen Losungen und zur kommunistischen Gewerkschaftsarbeit. Die Bolschewiki haben sich sogar seiner Zeit in den von der zaristischen Gendarmerie ins Leben gerufenen Gewerkschaften organisiert, um an die Arbeiter heranzukommen. **Ohne Gewerkschaftsarbeit ist eine Gewinnung der Arbeitermassen eben nicht möglich**, und die Konsequenz der Schumacherschen Auffassung ist eine Unterstützung der Reformistenbande. Demgegenüber steht der Standpunkt des Leninismus: **Die Vereinigung des unversöhnlichen Marxismus mit den Massenorganisationen des Proletariats!**

Wie stark der Wille des Kongresses ist, jede Spaltungstendenz auf das energischste zu bekämpfen und mit aller Kraft die Einheit der Gewerkschaften zu verteidigen, beweist der Beschluß über die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit in internationalem Maßstab. Die erweiterte Exekutive wird die Frage noch ihrer Bedeutung entsprechend behandeln und hoffentlich auch lösen.

Daß ein Wille zur Einigung besteht, hat der Kongreß bewiesen. Allerdings nicht Einheit als Selbstzweck, sondern um des Kampfes gegen den Kapitalismus willen.

Der angenommene Antrag zur Gewerkschaftsfrage stellt fest, daß die Haltung Schumachers und Genossen den Kongreßbeschlüssen zuwiderläuft. **Der Weltkongreß fordert die Arbeiter auf, in die Gewerkschaften zurückzukehren, da dieselben Sammelbecken aller Werktätigen sind und ein Verlassen derselben Desertion bedeutet.**

*

Der V. Weltkongreß hat gesprochen! Die oberste Instanz der Kommunistischen Internationale erklärt mit aller Klarheit und Deutlichkeit, daß die Linie der Kommunisten in den Gewerkschaften unverändert dieselbe ist, daß nach wie vor das Bestreben aller Kommunisten darauf gerichtet sein muß, für die Beseitigung der reformistischen Führerclique in den Gewerkschaften zu kämpfen. Hierzu ist notwendig: die Aktivierung unserer Fraktionsarbeit, die sich den Amsterdamer Methoden anpassen muß; die Verbindung der Arbeit unter den Betriebsräten und in den Betriebszellen mit der Gewerkschaftsarbeit, zur Schaffung eines einheitlichen kommunistischen Arbeitsblocks, die Sammlung eines Kernes von Sympathisierenden um diese und eine zielklare Arbeit unter den Unorganisierten. Der Kongreß hat alle Zweifel beseitigt über den Zweck der Zusammenfassung der Unorganisierten. „Zurück in die Gewerkschaften!" ist die Losung des Kongresses. Viele Genossen haben die Beschlüsse von Frankfurt zur Zusammenfassung der Unorganisierten betrachtet als einen Freibrief zum Aufbau sogenannter revolutionärer Industrieverbände. Der Kongreß hat keinen Zweifel gelassen, daß er diese Arbeit nicht nur für falsch hält, sondern für gegenrevolutionär und menschewistisch.

Mit aller Konsequenz, mit aller Energie muß die Partei jetzt daran gehen, die Kongreßbeschlüsse in die Tat umzusetzen. Der Schwierigkeiten sind viele, selbst in unseren eigenen Reihen. Aber die politischen Tatsachen lassen uns keine Zeit, lassen uns keine Wahl. Große Kämpfe stehen mit der Durchführung des Sachverständigengutachtens vor der Tür. Den Amsterdamern gelang es, die vergangenen zu sabotieren, nicht zuletzt durch das Nachlassen unserer kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften. Soll das Sachverständigengutachten zu Fall gebracht werden, dann muß es uns gelingen, durch breite Massenkämpfe gegen den Lohnabbau für höhere Löhne und die Wiedereroberung des Achtstundentages zu führen, so daß es der Bourgeoisie nicht möglich ist, die Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen.

Das Wesen der bolschewistischen Partei besteht darin, nach Abschluß der Diskussion einheitlich und geschlossen in eiserner Front gegen den Feind zu marschieren und ihn zu schlagen. Die energische Inangriffnahme der Gewerkschaftsarbeit wird für die deutsche Partei ein Prüfstein sein.

Von Frankfurt bis heute.

Von M. Sch[illegible]

Mitten im Kampf gegen Lohnabbau und für Erhaltung des Achtstundentages trat der Parteitag der KPD. in Frankfurt zusammen. Ueberall hatten sich Kämpfe entwickelt und die Arbeiter kämpften heldenmütig gegen den Raub ihrer letzten „sogenannten" Revolutionserrungenschaft. Nicht nur hatte die Arbeiterschaft sich zu wehren gegen die Machtgelüste der Kapitalisten, sondern ihr Kampf mußte in größerem Maße gegen **die Verräter im eigenen Lager des Proletariats geführt werden.**

Der Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer wurde in dieser Zeit auf die Spitze getrieben. Rücksichtslos gaben diese Kapitalsknecht alles preis zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft. Die Erbitterung über diese Schandtaten der Gewerkschaftsbürokratie war bis tief hinein in die Reihen unserer Parteigenossen zu verzeichnen. Massenaustritte aus den Gewerkschaften waren die Folge, und nur mit großer Mühe gelang es, die vollständige Desorganisation der Gewerkschaften aufzuhalten. Unsere revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften wurde dadurch erschwert, daß die Bürokratie sich durch Massenausschlüsse am Ruder halten wollte. Ja, sie steigerten ihr Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft durch eine von ihnen herbeigeführte systematische und bewußte Spaltung und Zerstörung der Gewerkschaften.

In dieser Situation mußte der Parteitag sich sehr ernst mit dem Problem befassen, wenn nicht die Gefahr der Passivität der Arbeiterschaft, die durch das Vorgehen der Amsterdamer einzureißen drohte, zu einem ernsten Symptom auswachsen sollte. Trotz aller politischen und taktischen Differenzen in der Partei, die ihren Abschluß auf dem Parteitag fanden, wurde mit seltener Einmütigkeit die Gewerkschaftsfrage gelöst. Und warum diese Einmütigkeit? Weil die Genossen den Ernst der Situation erfaßt und die Gewerkschaftsfrage sehr sachlich und nüchtern behandelt haben. Ueber die ungeheure Bedeutung dieser Frage waren sich alle Delegierten einig. An den Beratungen und an der Lösung der Gewerkschaftsfrage beteiligten sich Genossen, die durch jahrelange Erfahrungen in einem proletarischen Staat die Frage zugunsten der Arbeiterschaft entschieden hatten. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Das wichtigste an diesen Beschlüssen ist folgendes:

„. . . . Der Parteitag erklärt mit allem Nachdruck, daß ein Parteigenosse freiwillig, ohne Erlaubnis der Parteileitung nicht aus einer Gewerkschaft austreten darf. Im Gegenteil, jedes Mitglied der Partei muß zugleich Mitglied einer Gewerkschaft sein, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen die Amsterdamer einzustellen und zu revolutionärer Politik zu bringen.

Der Parteitag erklärt, daß die Partei ihren Mitgliedern nicht erlauben wird, eine persönliche, private, anarchistische Politik in den Gewerkschaften zu führen. Der Parteitag erklärt sich kategorisch gegen Schritte der Parteigenossen, die auf Provokationen der Amsterdamer hereinfallen und, getrieben von revolutionärer Ungeduld, die Linie des kleinen Widerstandes wählen, austreten und die Schaffung von parallelen Verbänden beginnen.

Der Parteitag verlangt von allen Mitglieder einen entschiedenen und energischen Kampf gegen die Spaltung und gegen die reformistischen Spalter. Keine Provokationen, keine Verfolgungen dürfen die Kommunisten veranlassen, freiwillig die Gewerkschaften zu verlassen. Die Kommunisten werden vielmehr jede Provokation der Amsterdamer energisch zurückweisen, welches auch die Mittel sein mögen, die die vom bürgerlichen Staat unterstützten Gewerkschaften anwenden. Die Gesamtpartei wendet sich deshalb energisch gegen die Austrittstendenzen, welche lediglich das Proletariat desorganisieren und die Vorbereitungen der Revolution schwer schädigen.

Die Kommunisten sind wie bisher gegen die Spaltung, führen den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten auch dann, wenn sie von letzteren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. In der Periode der Kapitalsoffensive und des Anwachsens der Reaktion ist die Wahrung der Einheit der Gewerkschaften besonders wichtig." . . .

Dieser Beschluß ist eindeutig und klar. Damit hat der Parteitag bewiesen, daß die Gewerkschaften nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sind, um aus ihnen Kampfkaders der Revolution zu machen. Wenn manche Genossen auch ihre revolutionäre Ungeduld von dem Parteitag eine Aenderung der bisherigen Gewerkschaftstaktik erwarteten, so hat der Parteitag gezeigt, daß man sich vom Verstand und nicht vom Gefühl leiten lassen darf. Ein Kommunist muß zweierlei können: mit dem Gewehr in der Hand aggressiv, schnell und plötzlich dem Kapitalisten entgegentreten, er muß aber auch in zäher, unermüdlicher Ausdauer auf diesen Kampf hinarbeiten können. Dem Gefühle einiger Genossen nachgeben, hätte bedeutet, die Revolution hinausschieben und gleichzeitig den Reformisten die Führung in den Gewerkschaften belassen und damit die Stärke des Kapitals erhalten. Die Gewerkschaften zu revolutionieren, sie zu Klassenkampforganisationen zu machen, heißt, die Revolution vorbereiten und organisieren. Der Verstand sagt uns, daß wir an die wirtschaftlichen Nöte des Proletariats anknüpfen müssen, um die Massen zu erobern. Dazu sind die Gewerkschaften die geeigneten Organisationen. **Das Nichtbegreifen unserer Taktik von einigen Genossen hatte zur Folge, daß unsere Arbeiten in den Gewerkschaften auch nach dem Parteitag noch litten.** Die fortgesetzten Kämpfe — Werftarbeiter, Chemiearbeiter, Bergarbeiter — bewiesen jedoch ganz klar, daß die vorgezeichnete Linie der Partei richtig ist. Bereits in den Beratungen auf dem Parteitag kam zum Ausdruck, daß durch die Kämpfe des Proletariats unsere Taktik in den Gewerkschaften am besten gelöst würde. Die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage hat auch hierin dem Parteitag recht gegeben und den Stempel der Richtigkeit auf die Beschlüsse gesetzt. Je weiter wir die Gewerkschaften zu Instrumenten des Klassenkampfes machen, um so schwieriger wird natürlich die Aufgabe unserer Genossen. Die Reformisten scheuen sich nicht, sich offen mit den Faschisten zu verbünden zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft. Sie nehmen jede erdenkliche Hilfe, von welcher Seite sie auch kommen mag, gern an, ja, suchen sich solche sogar bei den Monarchisten und den geschworensten Feinden der Arbeiterklasse. Es geht ja auch darum, den Kapitalismus zu retten, um die Revolution zu verhindern. Die Reformisten sind sich darüber klar, daß mit der Zerschlagung des Kapitalismus auch ihr Untergang besiegelt wäre. Deshalb führen sie den Kampf gegen die Kommunisten mit aller Brutalität und Gemeinheit. Letztere Mittel sind, geschichtlich gesehen, jedoch der letzte Verzweiflungsakt eines zum Untergang verurteilten Systems. Das beweist uns, daß wir dem Ziel, wenn auch langsam, so doch sicher näher kommen, und das muß jeden ehrlichen Revolutionär erst recht anspornen, intensiv und mit aller Hartnäckigkeit für die Revolution weiterzuarbeiten. Noch hat diese planmäßige ernste Arbeit unserer Genossen nicht voll eingesetzt. Nachdem aber Klarheit geschaffen innerhalb der Mitgliederkreise, müssen wir mit aller Kraft an die Arbeit gehen. Wir stehen vor dem Profinternkongreß, und es ist notwendig, daß der Kongreß bereits sich mit Erfolgen unserer Arbeit beschäftigen kann, um daraus wieder richtige Schlüsse zu ziehen und weitere Kraft zu schöpfen zu unserer Arbeit in den Gewerkschaften, die die beste Vorbereitung der Revolution ist. **Stellen wir die revolutionäre Einheit der Gewerkschaften her, so reißen wir der kapitalistischen Macht die Wurzel heraus.** Der Frankfurter Parteitag hat den Weg gezeigt, und dies ist ein gerader Weg. Denselben konsequent weiter zu marschieren, heißt die Befreiung der Arbeiterschaft durch die Diktatur des Proletariats in absehbarer Zeit herbeizuführen.

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf.

Achtstundentag, Reparationsplan und die Amsterdamer.

Die Durchführung der Reparationen nach dem Sachverständigenplan und der Achtstundentag in Deutschland sind zwei sich gegenseitig ausschließende Dinge, deren gleichzeitige Durchführung bei dem gegenwärtigen Stand der Verhältnisse eine Unmöglichkeit ist. **Wer das eine will, muß das andere bekämpfen.** Die Sozialdemokraten und Amsterdamer wollen aber beides, d. h. sie wollen unter allen und jeden Umständen dem Dawesplan zur Annahme verhelfen und setzen alles ein, um seine Durchführung zu ermöglichen. Aber gleichzeitig machen sie ein Riesengeschrei und eine internationale Scheinpropaganda für die internationale Festlegung des Achtstundentages. Wer in den letzten Tagen die SPD.-Presse und Amsterdamer Gewerkschaftszeitungen durchblättert, der könnte glauben, es gäbe keine ernsthafteren Verfechter des Achtstundentages als die Reformisten. Doch der ganze Theaterdonner ist weiter nichts, als eines der üblichen Manöver zur Täuschung der Massen, mit dem die Amsterdamer seit Jahren Politik treiben.

Nach dieser Methode arbeiteten sie auch auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, die vom 17. Juni bis 5. Juli tagte. Die alljährlichen Arbeitskonferenzen sind die Plenarversammlungen des Internationalen Arbeitsamtes, das seinerseits wieder eine Unterabteilung des Völkerbundes darstellt. Ist der Völkerbund ein Instrument des Entente-Kapitals mit dem Zweck, der großen Masse der Bevölkerung in allen Ländern die blutige imperialistische Fratze des Kapitals hinter der Maske des ewigen Weltfriedens zu verstecken, so hat das Arbeitsamt den besonderen Zweck, dem internationalen Proletariat den Glauben an die Möglichkeit einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit an eine ruhige Entwicklung und Verbesserung der proletarischen Existenz beizubringen und es durch raffinierte Täuschungsmanöver vom Klassenkampf und der proletarischen Revolution abzubringen. Ein Programm, das so recht dem Geist der Amsterdamer entspricht, wie überhaupt schon die Zusammensetzung der Arbeitskonferenzen der typische Ausdruck für die Arbeitsgemeinschaft ist. **Denn sowohl der engere Vorstand, der Verwaltungsrat, wie auch die Konferenzen setzen sich zusammen aus je einem Drittel Regierungs-, Unternehmer- und Arbeiter"vertreter.**